

Stand: 20.04.2026 06:18:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23093

"Familien steuerlich entlasten - Familiensplitting nach französischem Vorbild einführen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23093 vom 30.05.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/24297 des HA vom 29.06.2022
3. Beschluss des Plenums 18/24459 vom 12.10.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 12.10.2022



Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Familien steuerlich entlasten – Familiensplitting nach französischem Vorbild einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für ein Familiensplitting-Steuerkonzept, ähnlich dem französischen Modell, einzusetzen.

Begründung:

Die Bundesregierung plant gemäß Koalitionsvertrag eine grundlegende Steuerreform, bei der das bisherige Ehegattensplitting bzw. die vorteilhaften Steuerklassen (III und V) abgeschafft werden.¹ Das stellt eine klare Benachteiligung von arbeitstätigen, kinderreichen Familien dar, da faktisch immer mindestens einer der Ehepartner mehr Zeit für die Kindeserziehung aufbringen muss, was wiederum dazu führt, dass der mit der Kindeserziehung betraute Partner i. d. R. maximal einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen kann. Bei der Auswahl der Steuerklassen wurden diese üblicherweise so verteilt, dass der Partner mit dem höheren Einkommen die günstigere Steuerklasse hatte und jener mit dem geringeren Einkommen die höhere. Von diesem Übereinkommen profitiert die Familie als Ganzes, da es sich letztendlich um ein gemeinsames Einkommen handelt.

Die geplante Steuerreform der Bundesregierung hingegen begünstigt hauptsächlich kinderlose Paare oder Paare, deren Kinder bereits aus der zeitaufwändigsten Erziehungsphase herausgewachsen sind. Meist sind aber gerade kinderlose Paare finanziell bessergestellt, was auch eine Studie der Bertelsmann-Stiftung bestätigt.² Es müssen Anreize geschaffen werden, leistungsfähige, kinderreiche Familien zu gründen und nicht kinderlose Ehen oder kinderreiche Familien, deren finanzielle Existenz vollumfänglich zu Lasten des Sozialsystems gesichert wird.

Ein möglicher Weg wäre dem Vorbild Frankreichs beim Familiensplitting zu folgen. In Frankreich wird das Familiensplitting nicht als Fördermaßnahme angesehen, sondern lediglich als die konsequente Einhaltung der horizontalen Steuergerechtigkeit. Familiensplitting heißt in Frankreich „Quotient Familial“ (Familienquotient) und stellt sich wie folgt dar^{3 4}:

- für jeden Elternteil der Divisor 1,0
- für das erste, das zweite, das vierte Kind und weitere Kinder der Divisor 0,5

¹ <https://www.merkur.de/wirtschaft/steuerreform-ehegattensplitting-steuerklassen-ampel-familien-einkommen-arbeitsmarkt-zr-91150820.html> (zuletzt abgerufen: 13.04.2022)

² <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/februar/viele-familien-aermer-als-bislang-gedacht/> (zuletzt abgerufen: 13.04.2022)

³ <https://www.sueddeutsche.de/geld/steuer-was-bleibt-in-der-familie-1.1044867> (zuletzt abgerufen: 13.04.2022)

⁴ <https://www.diw.de/documents/publikationen/73/43474/05-33-1.pdf> (zuletzt abgerufen: 13.04.2022)

- für das dritte gilt der Divisor 1,0 (damit will Frankreich die Entscheidung zum dritten Kind gezielt erleichtern)
- Alleinerziehende können zusätzlich einen Divisor von 0,5 geltend machen.

Ein Beispiel:

Ein Ehepaar mit drei Kindern hat ein gemeinsames Einkommen in Höhe von 60.000 Euro im Jahr. Gem. französischem Modell würde hierbei ein Divisor in Höhe von 4 angesetzt werden: $60.000 \text{ Euro} / 4 = 15.000 \text{ Euro}$. Bei darauffolgenden Anwendung des Steuersatzes, finden nun die 15.000 Euro Berücksichtigung, die nach einem vorteilhafteren Satz versteuert werden (zu detaillierteren Rechenbeispielen und Erklärungen: ^{5 6}).

Je größer der Divisor ausfällt, desto geringer gestaltet sich die Steuerlast gem. Berechnungsformel. Das französische Modell führt dazu, dass größere Familien in der Regel sehr geringe oder keine Steuern zahlen. Dies würde die nötigen Anreize schaffen, kinderreiche Familien zu gründen, die nicht von einem ausufernden Sozialapparat abhängig sind.

Anlässlich der geplanten Reform der Bundesregierung hat die Staatsregierung unbedingt korrigierend Einfluss zu nehmen, denn die Frage der Geburtenförderung ist eine Existenzfrage eines jeden Staates; denn nur eine ausreichend große Folgegeneration, kann das existierende Sozialsystem in der aktuellen Form aufrechterhalten; nicht zu sprechen vom gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen System.

Letztlich gilt: Die Familie ist die Keimzelle des Staates.

⁵ <https://web.archive.org/web/20090901221047/http://www.djb.de/Kommissionen/kommission-recht-der-sozialen-sicherung-familienlastenausgleich/St-06-15-Famiiensplitting/hintergrundpapier-06-15-bei-spielsrechnungen/> (zuletzt abgerufen: 16.05.2022)

⁶ https://www.french-property.com/news/tax_france/quotient_familial (zuletzt abgerufen: 16.05.2022)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a.
und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/23093

**Familien steuerlich entlasten - Familiensplitting nach französischem Vorbild ein-
führen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Michael Hofmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 141. Sitzung am 29. Juni 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/23093, 18/24297

Familien steuerlich entlasten – Familiensplitting nach französischem Vorbild einführen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Auch bei den fraktionslosen Abgeordneten gibt es kein abweichendes Votum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. Juli 2022 (Vf. 36-IVa-22) betreffend Verfassungsstreitigkeit zwischen der Antragstellerin Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und dem Antragsgegner Bayerischer Landtag über die Frage, ob der Antragsgegner dadurch,
 1. „dass der Antragsgegner alle von der Antragstellerin vorgeschlagenen Kandidaten zur Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ohne sachlichen Grund abgelehnt hat“,
 2. „dass die Durchführung eines ordnungsgemäße(n) Moderationsverfahren(s) ohne sachlichen Grund abgelehnt worden ist“,
 3. „dass sich das parlamentarische Kontrollgremium ohne Beteiligung der Antragstellerin am 22.01.2019 konstituiert hat“,
 verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt hat, sowie dadurch, „dass der Antragsgegner es einem Vertreter der Antragstellerin unmöglich macht, Rechte und Pflichten als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums wahrzunehmen“, verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt

PII-G1310.22-0008

Drs. 18/24260 (G) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. Juli 2022 (Vf. 11-VIII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
 3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 4. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag
- vom 19. Juli 2022 über die Frage, ob das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) vom 22. April 2022 (GVBl. S. 102) die Bayerische Verfassung verletzt

PII-G1310.22-0011
Drs. 18/24283 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. August 2022 (Vf. 12-VIII-22 und Vf. 13-VII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
 3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 4. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
 5. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
 6. BayernSPD-Landtagsfraktion
 7. FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag
- vom 25. Juli 2022 über die Frage, ob § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen
- Vf. 12-VIII-22 –
und
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist
- Vf. 13-VII-22 -

PII-G1310.22-0012

Drs. 18/24261 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Anträge sind unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
Nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem – neue Initiative
28.04.2022 - 21.07.2022
Drs. 18/22849, 18/24389 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
Verringerung der Lebensmittelverschwendung – Zielvorgaben
24.05.2022 - 16.08.2022
Drs. 18/23314, 18/24391 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde
zu legen.

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
 Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch –
 EU-Beihilfe
 05.05.2022 - 18.07.2022
 Drs. 18/23323, 18/24392 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Parlament, den Rat,
 die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts-
 und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen;
 EU-Justizbarometer 2022
 COM(2022) 234 final
 BR-Drs. 231/22
 Drs. 18/23324, 18/24386 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesellschaftliche Teilhabe schnell ermöglichen II – Zugang zu Schulbildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine
Drs. 18/21726, 18/22993 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Öffnungszeiten 24/7 für digitale Kleinstsupermärkte
Drs. 18/22226, 18/24277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Persönliche Assistenz von Menschen mit Behinderung in Bayern
Drs. 18/22464, 18/24216 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Beratungsstelle Barrierefreiheit zu einer Landesfachstelle Barrierefreiheit
Drs. 18/22497, 18/24217 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Bus- und LKW-Führerscheine schaffen
Drs. 18/23210, 18/24320 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frühwarnsystem für den Tierschutz einführen - Tiergesundheitsdatenbank Bayern jetzt
Drs. 18/23214, 18/24280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch zu Niederlassungsmöglichkeiten für Ärzte in Bayern
Drs. 18/23218, 18/24303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

21. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
ÖPNV und SPNV in Bayern
Drs. 18/23219, 18/24322 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten vor 1989
Drs. 18/23246, 18/24314 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Carolina Trautner, Steffen Vogel und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
JETZT: Bund muss Coronatests weiterhin bezahlen – Länder und Kommunen brauchen Planungssicherheit – Bürger dürfen nicht unter der Zauderei des Bundes leiden
Drs. 18/23288, 18/24304 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frühwarnsystem Große Beutegreifer etablieren
Drs. 18/23289, 18/24212 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner,
Annette Karl u.a. SPD
Bestandsaufnahme –
Ökonomische Lage der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 18/23456, 18/24247 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>